

Kassel rügt Egelsbach

VGH stellt Demokratie im Kreis Offenbach wieder her

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) ist die oberste Instanz im Land Hessen für das Verwaltungsrecht, dem die Kreise, Städte und Gemeinden unterliegen. Er hat Recht gesprochen - und zwar Bürgerrecht! Das Gericht hat einen Aufschub für die Prüfung der Bürgerbegehren in Sachen Verkehrslandeplatz Egelsbach verordnet, damit die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger in unserer Rechtsgemeinschaft nicht behindert werden. Das kann man nicht nur als schallende Ohrfeige für den Egelsbacher Bürgermeister Moritz werten, - das ist schon eine gehörige Tracht Prügel für Ignoranz, Großmannsgehab und Gutsherrenpolitik im Kreis Offenbach bei allen Anteilseignern der HFG. In Egelsbach wurde versucht, ohne Rücksicht auf das Bürgerbegehren und Tausende von Unterschriften den Punkt auf der Tagesordnung durchzuziehen. Das skandalöse Verhalten in den Gremien der Städte und Gemeinden, die jetzt von ihrem früheren Engagement bei der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG) nichts mehr wissen wollen, wurde vom Verwaltungsgerichtshof deutlich gerügt. Das oberste Gericht hat den Punkt von der Tagesordnung gefegt. Man kann nicht im Hinterstübchen Verträge aushandeln und bereits unterschreiben, um sie dann nur noch durch die gewählten Volksvertreter absegnen zu lassen. Eine ehemals sogenannte Demokratie im Osten Deutschlands hat dies stets so gehandhabt: Beschlüsse hat das Zentralkomitee gefasst, die Volksvertreter haben nur noch nicken müssen. Es hat leider 40 Jahre gedauert, bis die Bürger dem ein Ende machen konnten. In Egelsbach dauert es hoffentlich nicht so lange, bis die dortigen Bürgerinnen und Bürger „ihren“ (?)

Meister Moritz in die Wüste schicken (NetJets fliegt überall hin, auch nachts!).

Bürgerrechte zählen mehr

Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel hat die Beteiligten aus den feudal herrschenden Kreisen kalt erwischt und überrascht. War man doch bislang gewohnt, von dort in Sachen Fliegerei und Planfeststellungsbeschlüssen nur positiv unterstützt zu werden. Aber es ist etwas anderes, ob über das Zustandekommen einer Verwaltungsentscheidung im Nachhinein gerichtlich gestritten wird, oder ob eine weit reichende Entscheidung bereits im Vorfeld von der Verwaltung selbst festgesetzt wird. Denn das ist der Unterschied: Dem VGH ging es nicht um NetJets oder nicht („NjetJets“). Es ging darum, dass in voller Absicht der Bürgerwille ohne Rechtsmittel blockiert werden sollte; dass ein Bürgerbegehren ausgehebelt werden sollte, das der Egelsbacher Gemeinde-Obrigkeit nicht genehm ist. Der Kampf ist allerdings noch nicht vorbei; es ist nur ein Aufschub!

Im Sinne eines aufrechten Eintretens für die Bürgerrechte sei Warren Buffett und Scott Forbes von NetJets die Lektüre der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 4. Juli 1776 wärmstens empfohlen. Bürgermeister Moritz auch, - aber er kann wahrscheinlich kein Englisch, denn er hat die Verträge vermutlich nicht mal auf Deutsch verstanden. Unseren Egelsbacher Freunden und allen Ausbaugegnern wünschen wir viel Kampfgeist. Jetzt geht es nicht mehr nur um den Verkauf von Anteilen, es geht jetzt um Demokratie von ganz unten und die Bürgerrechte selbst!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erzhäuser